

"WIE WEIT REICHT EUROPA"

GEDÄCHTNIS – WERTE – GRENZEN

Dokumentation der Verleihung des Hans-Ehrenberg-Preises am 29. Oktober
2006 in der Christuskirche Bochum

Evangelischer Kirchenkreis Bochum
Verlag Hartmut Spenner
Hans-Ehrenberg-Gesellschaft

Inhalt

- 2 Begrüßung
Fred Sobiech | Superintendent
- 3 Grußwort
Ottilie Scholz | Oberbürgermeisterin
- 5 Theologischer Impuls
Martin Stöhr | Ehrenpräsident des International Council of Christians and Jews
- 8 Laudatio
Peter Altmaier | MdB, Parlamentarischer Staatssekretär
- 13 Podiumsgespräch
Lale Akgün | MdB
Peter Altmaier | MdB
Alfred Buß | Präses der Evang. Kirche von Westfalen
Ulrich Reitz | Chefredakteur der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung
Axel Schäfer | MdB
- 23 Preisverleihung
Hans-Detlef Hoffmann | Vizepräsident der Evang. Kirche von Westfalen
- 24 Respons
Christian Staffa | Geschäftsführer Aktion Sühnezeichen Friedensdienste
Franz von Hammerstein | Ehrenvorsitzender des Kuratoriums der ASF

BEGRÜSSUNG

FRED SOBIECH | SUPERINTENDENT

Mit dem heutigen Sonntag hat die Woche der Reformation begonnen. Am heutigen Sonntag verleihen wir den Preis, der an das Leben und Werk von Hans Ehrenberg erinnert und daran, dass, wie Ehrenberg schrieb, "die Kanzel Gottes in der Welt steht".

Inmitten der Welt stand die Kanzel Gottes auch, als die Nazis diese Welt in Flammen gesetzt haben. Als ein Mann wie Martin Siebold, Pfarrer dieser Kirche, ein Amtsbruder von Ehrenberg, erklärt hat, die "Fahne der nationalsozialistischen Bewegung" fordere "Opferfreudigkeit" von uns allen, sie fordere "die Bereitschaft, für Deutschland zu leben und zu sterben".

Auch da, als Männer wie dieser Sätze wie diese brüllten, stand die Kanzel Gottes in der Welt, weil Männer wie Ehrenberg Sätze wie diesen predigten: "Wir sagen Nein." Die Kanzel Gottes stand in der Welt, als Ehrenberg Nein gesagt hat und weil Ehrenberg Nein gesagt hat und andere zusammen mit ihm. Die Kanzel Gottes stand in der Welt, als die Aktion Sühnezeichen Nein gesagt hat und weil sie Nein gesagt hat: Nein zu jener Selbstgerechtigkeit, die sich nach 1945 breit gemacht hat. Die sich - nach diesem Krieg und vor allem: nach Auschwitz - über die Theologie gelegt hat, über die Kirchen und über das gesamte Land.

Eine Selbstgerechtigkeit, die Hannah Arendt beschrieb, deren 100. Geburtstag wir dieser Tage begangen haben: Die Ursachen des Krieges, schrieb Hannah Arendt 1950, die Ursachen für Auschwitz suche man hierzulande "nicht in den Taten des Naziregimes, sondern in den Ereignissen, die zur Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies geführt haben."

Dagegen, gegen diese Selbstgerechtigkeit, die das eigene Tun und Unterlassen mit der Sündhaftigkeit des menschlichen Geschlechts rechtfertigt, dagegen hat die Aktion Sühnezeichen etwas *getan*: Sie hat der Selbstgerechtigkeit einen Begriff entgegen gesetzt und diesen Begriff in die Tat umgesetzt. Sie hat gegen die Selbstgerechtigkeit den Begriff der Sühne gesetzt und die Sühne in die Welt.

Sühne. Ein altertümliches Wort. Das etymologische Wörterbuch erklärt dieses Wort so: "Sühne. Feminin. Bedeutung: 'Genugtuung, Vergeltung, Strafe für begangenes Unrecht, Versöhnung.' Herkunft des Wortes: unbekannt".

Herkunft unbekannt. Das Wort Sühne stammt ab von etwas, das wir nicht kennen. Und die Sühne selber, die sühnende und versöhnende Tat? Herkunft unbekannt? Wie weit reicht sie zurück, wie weit reicht sie voraus? Wie weit reicht sie nach Europa hinein? Und wie weit reicht Europa hinein in unser Denken, in unser Fühlen, in unsere Welt, in der die Kanzel Gottes steht?

GRUSSWORT

DR. OTTILIE SCHOLZ | OBERBÜRGERMEISTERIN DER STADT BOCHUM

"Wie weit reicht Europa?" Das ist die Frage, die diesen Abend auf Antworten wartet. Und eine erste Antwort auf die Frage "Wie weit reicht Europa?" lautet für mich: Auf jeden Fall bis Bochum; bis hinein in diese Kirche.

Es ist vielleicht eine überraschende Antwort. Aber ich will gerne kurz erklären, warum. Drüben, im alten Turm der Christuskirche, befindet sich ein Mosaik, das die gesamte Turmhalle ausfüllt. Das Mosaik listet Namen auf, 1358 Namen Bochumer Bürger. Und unter diesen Namen findet sich - ruhrgebietstypisch - eine große Anzahl polnischer Namen: von Bachnitzki bis Zielinski. Diese Namen sind Beleg dafür, dass Bochum europäisch gebaut wurde. Genau so europäisch wie das gesamte Ruhrgebiet. Seit vielen Generationen sind zu uns Familien aus europäischen Ländern wie Polen gekommen, ebenso wie aus Italien, Frankreich, Schweden, Spanien, Griechenland und all den anderen Staaten dieses Kontinents. Diese Menschen haben Bochum mit gestaltet und zu dem gemacht, was es heute ist. Hier wurde Integration und Migration gelebt, lange bevor diese Begriffe überhaupt im öffentlichen Bewusstsein realisiert wurden.

Das Mosaik im Turm der Christuskirche führt diese Namen deshalb auf, weil es die Namen von Gefallenen sind, von Gefallenen des Ersten Weltkrieges. 1358 junge Bochumer, 1358 junge Europäer, die im Ersten Weltkrieg wie Millionen anderer ihr Leben gelassen haben. Auch so weit reicht Europa, dass Europäer sich gegenseitig niedergemetzelt haben. Daran erinnert das Mosaik im Turm dieser Kirche. Neben den Namen der Gefallenen sind auch die so genannten "Feindstaaten" aufgezählt. Eine Liste, die sich fast so liest wie die Liste der Mitgliedsstaaten der heutigen Europäischen Union:

"Belgien - England - Frankreich - Griechenland - Italien - Polen - Portugal - Rumänien - Serbien - Tschechoslowakei". So weit und noch viel weiter reichte damals die Feindschaft, der tödliche Hass, der Europa umgepflügt hat. Auch dahin reicht die Erinnerung zurück, die in dieser Kirche bewahrt ist.

Es ist eine Erinnerung, meine Damen und Herren, die wir aus dieser Kirche heraus in die Stadt hinein bringen wollen. Aus der Gedenkhalle im Turm hinaus in den öffentlichen Raum. Aus der Vergangenheit heraus in die Gegenwart und Zukunft hinein. "Zukunft", sagt der international renommierte Künstler Jochen Gerz, "manifestiert sich in Versprechen. Versprechen geben Personen. Sie geben ihre Namen, nichts sonst, unsichtbare Versprechen in eigener Sache angesichts ihrer Geschichte, die zur Vergangenheit Europas geworden ist."

Jochen Gerz, übrigens Träger des Bochumer Peter-Weiss-Preises des Jahres 1996, wird ein solches Versprechen in einem Projekt umsetzen, das er für den Platz vor der Christuskirche entworfen hat. Ein Projekt, das wir für die Kulturhauptstadt Europas 2010 entwickeln wollen: den *Platz des europäischen Versprechens*. Dieser Platz soll nicht geschaffen werden, sondern sich vielmehr selber schaffen. Die Menschen in dieser Stadt sollen dabei nicht Publikum sein, das zusieht, wie der Platz entsteht, vielmehr sollen sie sich selbst einbringen. Dieser Platz wird daher die zentrale Aktionsfläche der Stadt Bochum im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt sein.

Europa, meine Damen und Herren, reicht aber auch in anderer Hinsicht bis Bochum. Nach dem Ende des Zweiten großen Kriegs wurde eine Freundschaft zwischen unserer Stadt und Sheffield geknüpft. Eine Partnerschaft, zu der uns die ehemaligen englischen Feinde die Hand reichten und die seit über fünf Jahrzehnten mit Leben gefüllt ist. Unzählige Begegnungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte haben in diesem halben Jahrhundert dazu beigetragen, ein friedliches Europa im

Alltag erlebbar zu machen. Diese Verbindung Bochum-Sheffield wurde dann Basis der Partnerschaften zum spanischen Oviedo und zum ukrainischen Donezk. Städte, die allein schon durch ihre geographische Lage symbolisieren, wie weit nach Westen und Osten Europa reicht und dabei doch stets direkt vor unserer Bochumer Haustür liegt.

Mit dem diesjährigen Hans-Ehrenberg-Preis wird das Wirken einer Organisation gewürdigt, die sich von Anfang an dem Aufbau eines friedlichen Europas widmet.

Ich danke der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, dass sie - auch uns hier in Bochum - nach dem Terror, mit dem das Nazi-Regime Europa überzogen hat, einen neuen Weg zurück nach Europa geebnet hat. Ich gratuliere ihr und allen ihren Freiwilligen herzlich zum Hans-Ehrenberg-Preis 2006 und wünsche ihr ein weiterhin kraftvolles Wirken für ein friedliches Europa, für eine friedliche Welt.

Uns allen wünsche ich darüber hinaus einen Abend voller Antworten auf die Frage "Wie weit reicht Europa".

THEOLOGISCHE VORREDE

DR. MARTIN STÖHR | PROF. em. FÜR SYSTEMATISCHE THEOLOGIE

Eine Vorrede hat eine Vorgabe. Es ist der Wochenspruch der heute beginnenden Woche. Er stammt aus der Hebräischen Bibel, die Judentum und Christentum gemeinsam ist. Dabei geht es um nichts anderes, als zwei Realitäten miteinander ins Gespräch zu bringen – die Wirklichkeit der biblischen Botschaft und die Wirklichkeit der menschlichen Geschichte. Der Prophet Micha verdichtet als "Ewig-Kurzgefasstes", als "Bündig-Bindendes", wie Thomas Mann die Weisung, die *Tora* Gottes nennt, zu einem Geleitwort für die Reformationswoche.

Der Freund, Vetter und lebenslange Gesprächspartner von Hans Ehrenberg, der jüdische Religionsphilosoph Franz Rosenzweig, schließt sein grandioses Buch "Der Stern der Erlösung" mit genau diesem Wort aus dem Propheten Micha (6,8). Er übersetzt so:

Er (Gott) hat dir gesagt, o Mensch, was gut ist, und was verlangt der Ewige dein Gott von dir – (nichts) als Recht tun und von Herzen gut sein und einfältig wandeln mit deinem Gott.

Das Wort ist eine öffentliche Erinnerung zu einem richtigen, einem nachkatastrophischen Leben, Zusammenleben und Überleben mit andern Menschen und nicht gegen sie. Es trifft in die Wirklichkeit der Geschichte wie ein kritischer Maßstab. Es sucht Menschen, die Verantwortung für die Geschichte übernehmen, gerade für jene deutsche, die den heldisch verbrämten Tod so liebte, dass sie ihn zerstörend und mordend nach ganz Europa exportierte.

Rosenzweig antwortet mit dem "Stern der Erlösung" seinen christlichen Vettern und Freunden, dem Biologen Rudolf Ehrenberg, dem Ökonomen, Philosophen und Theologen Hans Ehrenberg und dem Rechtshistoriker Eugen Rosenstock-Huessy – Menschen, die ihre Lebens- und Arbeitswelten weder praktisch noch intellektuell abgekoppelt von der Welt der biblischen Offenbarung. Sie bildeten ein Lehrhaus und eine Ökumene umfassender Wirklichkeitsverantwortung.

Das Werk Hans Ehrenbergs macht das exemplarisch deutlich. Er befasst sich zB (in seiner Dissertation 1906) mit dem "deutschen Eisenhüttenarbeiter" oder 1931 mit der "Arbeitslosigkeit". Grosse Teile der deutschen Gesellschaft saßen damals (nur damals?) in der babylonischen Gefangenschaft einer nationalen Leitkultur. Diese verband Rechts- und Demokratieverachtung mit einem Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Völkern und Kulturen. Sie verschwisterte sich - nach Hans Ehrenberg – derart mit einem Idealismus, dass die Völkischen zB das brennende Problem der Arbeitslosigkeit zu einer Waffe gegen Recht und Demokratie schmiedeten. Gleichzeitig notierte an der Börse öffentlicher Anerkennung sehr hoch die Gewalt als das entscheidende Instrument, Konflikte zu lösen.

Kirchen ebenso wie Wissenschaften, Vereine nicht weniger als Industrie und Verwaltungen, Militär und Medien interessierte vor allem ihr eigenes gutes Funktionieren. Das war eine passgenaue Einstellung, denen servil zu Diensten zu stehen, die gut funktionierende Menschen und Institutionen brauchten, um die Minderheit der Juden, der Roma und Sinti, der Opposition zuerst in Deutschland zu vertreiben oder zu vernichten, um dann - in reichlich bejubelten Überfällen auf unsere Nachbarländer - mit diesem nie verheimlichten Programm Europa zu zerstören.

Micha setzt andere Ziele. Er gewinnt sie aus der simplen Tatsache, dass der Mensch kein Gen für Ethik hat. Es wird ihm gesagt, er muss lernen, was gut und was Recht ist, und dass es einen Gott gibt, der keine nur interesse- oder nur instinktgesteuerten Lebewesen will, sondern freie Menschen, die mit ihm unterwegs sind, ausgezeichnet mit der singulären Würde, als Ebenbilder Gottes diese Würde in jedem menschlichen Wesen zu sehen, zu schätzen und zu schützen.

Micha setzt nicht auf das ökonomisch oder politisch maximal Machbare, sondern auf das für Menschen Optimale, also auf das Gute, das allen Geschöpfen Gottes zugute kommt. Das gilt vor allem für die Opfer hegemonialer und bewaffneter Bosheit.

Micha vertraut nicht der Gewalt oder dem, was sich rechnet. Er steht mit seinen Hörerinnen und Hörern für ein Recht, das durch Gerechtigkeit und Liebe unterfüttert ist, das jedem Menschen und jedem Volk zum Recht verhilft – wiederum besonders den Opfern von Unrecht und Rechtlosigkeit. Micha lädt ein zu einem "einfältigen" - man kann auch übersetzen "besonnenen" - also weder bigotten noch problemlosen Unterwegssein mit Gott. Das ist eine einzige Absage an einen bloßen „Titulgott“, wie Ehrenberg einen ebenso harmlosen wie dekorativen Gott nennt, der Präambeln oder Festreden schmücken kann. Zugleich steckt im Micha-Wort eine einzige Zusage, jene Menschen ernst zu nehmen, die durch Demütigung und Krieg, Genozid und Zwangsarbeit in ihrer Würde angegriffen, traumatisiert oder ermordet wurden und werden. Auf Micha hörend beschreibe ich Ansatz und Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste als reformierende, innovative Nachfolge.

[II]

Lothar Kreyssig schaut nicht weg. Statt "dumpfer Betäubung" und "angstvoller Selbstbehauptung" in der Gesellschaft sieht er - als ein in der Bekennenden Kirche engagierter Landgerichtsrat - was alle sehen können. Juden sind schutzlos. Er versteckt einige.

Kranke und Behinderte werden durch eine betriebswirtschaftlich kalkulierende Herrenrasse unter Assistenz von Willigen und Gehorchenden umgebracht. Er schreibt 1940 an den Justizminister Gürtner, wird von Roland Freisler vorgeladen, beruft sich auf sein Gewissen, das durch seinen christlichen Glauben und durch das Recht geprägt ist. Beide verbieten die nicht-gute und rechtswidrige "Anmaßung, des Menschen Leben beenden zu dürfen." Er kennt die Plädoyers für eine legalisierte "Euthanasie" von Juristen und Medizinern wie Binding und Hoche aus der Vornazizeit (1922): "Recht ist was dem Volke nützt." Kreyssig, der couragierte Opponent dieses Satzes, bekommt Berufsverbot. Er formuliert präzise, was in Deutschland geschieht:

"Nach dieser furchtbaren,noch immer unwidersprochenen Lehre sind ganze Gebiete des Gemeinschaftslebens vom Rechte ausgenommen, vollkommen zB die Konzentrationslager, vollkommen die Heil- und Pflegeanstalten". Er sagt – analog zu dem, was Martin Niemöller selbstkritisch von der Kirche sagt – im Blick auf die Justiz: „Die Richter von damals sind schuldiger als andere, weil sie in ihrer Gesamtheit das Recht hätten besser vertreten müssen“. Der Chefankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, Robert W. M. Kempner, zitiert 1968 anerkennend diesen Satz zum 10. Geburtstag von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Neben dem Recht ist von Micha „das Gute“ zu lernen, gut zu sein, zu verkörpern und zu tun. Ja, "Gutmenschen" im besten Sinn des Wortes zu sein, statt genießerischer Voyeure des Geschehens. Das meint keine bürgerliche Erbauungsästhetik, die das "Wahre, Gute Schöne" beschwört, um es an den Opfern von Indifferenz und Gewalt gerade nicht zu bewähren.

Das "Gute" wird zum Wegweiser in der Konkretisierung durch die Propheten und die Bergpredigt – „lesen Sie wieder einmal Micha oder die Bergpredigt!“, hätte Lothar Kreyssig in seiner direkten Art gesagt. Beide Texte motivieren zu einem Leben, das gegen Inhumanitäten humane Ziele setzt, über sie aufklärt, sie nicht vergisst, sie zu verraten nicht zulässt sowie sie einübend praktiziert.

Dieses Erbe bestimmt die Biographien von Lothar Kreyssig und Franz von Hammerstein so bewegend, dass seit den Anfängen von ASF Generationen von Freiwilligen bewegt werden. Sie wollen keine Vergangenheit bewältigen. Sie erkennen, benennen und bekennen klar die Schuld, die unser Land auf sich lud. Für sie haften auch die nachfolgenden Generationen, wollen sie nicht ihrerseits schuldig werden, indem sie eine gewaltfreiere und humanere Zukunft verspielen.

"Wir Deutsche haben den zweiten Weltkrieg begonnen...und unmessbares Leiden der Menschheit verschuldet; Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern" – so heißt es in Kreyssigs Gründungsaufruf 1958.

Er weiß, warum er mit dem Versöhnungs- und Friedensdienst in Israel beginnen will: "Das Judentum ist von der Kirche als Sprungbrett benutzt worden, um von ihm in die Vollendung und Vollkommenheit, ins Himmelreich, hineinzuspringen, und wenn es diesen Dienst geleistet hat, bekommt es einen Fußtritt", schreibt Hans Ehrenberg.

Zeichen der Sühne zu versuchen, heißt auch, diese unselige Geschichte der Judenverachtung umzukehren in eine Achtung derer, die anders glauben, anders leben, anders singen oder anders zweifeln. Am religiös argumentierenden Judenhass mästet sich ordinär oder wissenschaftlich noch jeder völkische, politische oder wirtschaftliche Antisemitismus sowie jede Verachtung anderer Kulturen und Völker.

"Wir bitten um Frieden" – so die Überschrift zu Kreyssigs Aufruf 1958 – das bedeutet: "mit unseren Händen und mit unseren Mitteln...etwas Gutes zu tun." Das Programm ist aktuell wie eh und je. Jerusalem ist vor Athen und Rom eine Hauptstadt Europas, weil aus der dort niedergekommenen Tradition zu erfahren ist, was gut ist, was Recht ist und wie - informiert durch Gottes Wege - menschliche Irrwege aus "naturgesetzlichen" oder "geschichtsnotwendigen" Gründen nicht begangen werden müssen.

Das Erinnerungsbuch dieser Orientierung ist aufgeschlagen, ist ebenso lesbar wie lebbar. Es sind die "Memoiren Gottes", wie Heinrich Heine die Bibel nennt. Sie ist ebenso wissenswert wie praktikabel. Sie liegt provozierend mitten im offenen, nicht zu verdrängenden Buch der Geschichte, damit die Geschichte besser gelingt.

Oscar Hoyersteen aus der Anfangszeit der Sühnezeichenarbeit in Norwegen fasst den Dank an ASF in einer Laudatio zusammen, der "Micha-gemäss" heute zu wiederholen ist: "Von einem Land, das uns seine Soldaten schickte, haben wir euch bekommen, und wir bringen euch einen Dank entgegen, der größer ist, als Worte es ausdrücken können." Das kann ich heute nur wiederholen.

LAUDATIO

PETER ALTMAIER | PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR IM MINISTERIUM DES INNERN

Wolfgang Schäuble, der Bundesinnenminister, bedauert es außerordentlich, dass er heute Abend nicht persönlich anwesend sein kann. Er hat mich aber gebeten, Sie alle ganz herzlich zu grüßen und Ihnen, lieber Herr von Hammerstein, und Ihnen Herr Staffa, stellvertretend für alle Mitglieder der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste seine Anerkennung und Glückwünsche zu überbringen. Er schätzt und bewundert Ihr Engagement für die Verständigung zwischen den Menschen und für die europäische Verständigung ganz außerordentlich.

Seit fast einem halben Jahrhundert hat die Aktion Sühnezeichen vor allem Begegnungen zustande gebracht. Wenn wir anderen Menschen begegnen, dann begegnen wir uns auch selbst. Wir erfahren, was uns mit anderen vereint und was uns unterscheidet. Manchmal kommen wir uns näher, indem wir Grenzen überwinden und manchmal müssen wir lernen, Grenzen zu respektieren und Unterschiede auszuhalten. Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nutzt die Begegnung zwischen Generationen, Kulturen, Religionen und Völkern zur Erinnerung, zur Sühne und zur Versöhnung.

Besonders beeindruckend ist, dass dies durch Jugendliche geschieht. Jugendliche, die den Schrecken des Krieges selbst nicht mehr erlebt haben, die aber freiwillig in andere Länder gehen um dort in Gedenkstätten zu arbeiten oder sich um alte oder behinderte Menschen zu kümmern. In den Nachkriegsjahren haben diese Freiwilligen überwiegend Überlebende aus Ländern betreut, die besonders unter dem Nazi-Regime gelitten haben, außerdem wurden Synagogen und Kirchen wieder aufgebaut, Kindergärten und Begegnungsstätten errichtet. Dies alles mit dem Ziel durch Taten bildhaft Verantwortung zu übernehmen.

Mit dem zunehmenden Abstand vom Krieg hat sich auch die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste neu orientiert hin zu heutigen Randgruppen und Minderheiten. Heute, fast 50 Jahre nach dem Beginn entsendet die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste jedes Jahr rund 180 Freiwillige in Länder, die unter dem Krieg und der Nazi-Herrschaft besonders gelitten haben, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Israel, Niederlande, Norwegen, Polen, Russland, Tschechien, Ukraine, Weißrussland und die USA, um einige zu nennen. Und der Weg, den sie seit so vielen Jahren gehen, haben wir mittlerweile auch in Gegenrichtung beschritten. 15 - 20 Freiwillige aus Osteuropa, aus Israel und den USA kommen mittlerweile jedes Jahr für einen Friedensdienst nach Deutschland.

Es ist zugegebenermaßen nur ein kleiner Ausschnitt aus den vielen tausend Begegnungen, die jährlich, jeden Monat, ja täglich in Europa zwischen jungen Menschen stattfinden, aber es ist ein ganz besonders wichtiger. Denn diese Begegnungen sind nicht auf berufliches Fortkommen und spätere Karriere ausgerichtet, sondern sie leben aus sich selbst heraus, sie sind selbstlos, sie sind altruistisch, sie sind Dienst an der Gemeinschaft im besten Sinne dieses Wortes. Diese Begegnungen zwischen jungen Menschen sind so unendlich viel wichtiger als alle feierlichen Erklärungen von Regierungschefs und Politikern. Wenn damit Versöhnung gelingt, muss sie von Menschen gelebt und empfunden werden. Auf dem Menschen ruhte auch die größte Hoffnung Hans Ehrenbergs. Zu dem nach ihm benannten Preis gratuliere ich daher der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aus ganzem Herzen.

Die Versöhnung der Menschen nach dem zweiten Weltkrieg war ein wesentliches Anliegen von Hans Ehrenberg. Die Findungskommission für den Hans-Ehrenberg-Preis zitiert einen Ausspruch Ehrenbergs aus dem Jahr 1943 zu den drei christlichen Tugenden Hoffnung, Glaube, Liebe: "Diese drei Tugenden", schrieb Ehrenberg, "haben nicht nur die Aufgabe zu bauen, Ordnung zu schaffen und Leben

hervorzubringen, sondern auch, die Ruinen fortzuschaffen, die Europa bedecken." Ehrenberg meinte die Ruinen des gerade zu Ende gegangenen, des Zweiten Weltkrieges. Aber das war bereits die zweite Tragödie, und die Oberbürgermeisterin hat eben darauf hingewiesen, wie groß und schrecklich bereits die erste Zivilisationskatastrophe des 20. Jahrhunderts, der Erste Weltkrieg gewesen war, wie viele Millionen Menschen dort umgekommen sind, deren Karrieren, deren Zukunft, deren Glück und deren Leben vergeudet worden ist von verantwortungsloser Politik. Und als man dachte, dass auf diese zivilisatorische Katastrophe keine größere folgen könne, begann das Unheil erst richtig. Das war der Ausgangspunkt für Hans Ehrenberg und viele andere, die sich geschworen haben, nicht mehr gleichgültig zu sein und daraus Konsequenzen zu ziehen. Die Christuskirche, in der wir uns hier befinden, ruft das Trümmerfeld, das materielle und das geistige, das die beiden Kriege hinterlassen haben in unser Gedächtnis zurück.

Meine Damen und Herren, diese Trümmer zu beseitigen war nicht nur das Ziel vieler einzelner, es war auch das Ziel der europäischen Idee nach dem Krieg, deren Grundsteinlegung durch die römischen Verträge Hans Ehrenberg noch kurz vor seinem Tod erlebt hat. Wir beklagen heute viele Unzulänglichkeiten der Europäischen Integration. Europa hat in den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien nicht den Ausbruch der Feindseligkeit verhindern können. Wir waren in der Frage des Irakkrieges gespalten und geteilt, die europäische Verfassung ist noch nicht in Kraft getreten, und viele klagen über Bürokratie. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir uns vor Augen halten, wo Menschen wie Hans Ehrenberg begonnen haben nach dem Krieg, und dass all dies in weniger als einem Menschenleben realisiert worden ist, dann können wir feststellen, dass wir tatsächlich einen Teil unserer Lektion gelernt haben.

Und diese europäische Einigung, die nach dem Krieg geschaffen worden ist, die historisch ohne Vorbild und ohne Präzedenz ist und war, diese europäische Einigung wird auch von gemeinsamen Werten getragen, ja, sie muss von gemeinsamen Werten getragen sein, wenn sie gelingen soll. Europa ist mehr als eine wirtschaftliche Veranstaltung. Es geht eben nicht nur um den freien Verkehr von Menschen, Gütern, Geld und Dienstleistungen. Europa hat kulturelle und politische Grundlagen, und es hat gemeinsame Werte. Dieses Menschenbild, ob sie es nun christlich nennen oder christlich-jüdisch oder ganz einfach nur europäisch, dieses Menschenbild ist einzigartig in der Welt:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind sich einig in der Absage an die Todesstrafe. Sie bekennen sich zur Freiheit des Individuums, aber auch zur Sozialgebundenheit des Eigentums und zur sozialen Marktwirtschaft. Und zentral ist uns allen der Bezug auf die Menschenwürde, die für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union außer Disposition steht.

Dieses Menschenbild finden wir nicht nur in der europäischen Verfassung wieder, die wir im Augenblick auf der politischen Ebene beraten, sondern auch in den Verfassungen vieler Mitgliedsstaaten. Ein kluger Jurist, Ernst-Wolfgang Böckenförde, hat gesagt, dass freiheitliche Verfassungen von Voraussetzungen leben, die sie selber nicht schaffen können, und das sind die Werte, das ist die Zugehörigkeit, die Zusammengehörigkeit. Sie bilden sich in langen kulturellen und zivilisatorischen Prozessen und das funktioniert nicht nur national, regional und lokal, sondern eben auch europäisch. Dabei stellt sich dann die Frage, die in dem Leitthema dieser heutigen Veranstaltung zum Ausdruck kommt, die Frage, wie weit dieses Europa reicht, und diese Frage wird sehr oft verkürzt auf die Frage, ob denn der Islam zu Europa gehöre.

Natürlich, der Islam gehörte immer schon zu Europa. Die Mittelmeerländer waren ein ganzes Stück weit und über lange Jahrhunderte durch den Islam geprägt. Der letzte große Staufferkaiser Friedrich II., der mehr Italiener und Sizilianer als Deutscher gewesen ist, hat einen ganz starken Bezug zur islamischen Welt und zur arabischen Wissenschaft gehabt. Nicht zu reden von Spanien und Portugal und

auch von Bosnien, das ja ganz unstreitig zu Europa gehört. Also war der Islam immer auch ein Teil Europas, was aber nichts daran ändert, dass Europa eben auch und natürlich sehr viel stärker durch das Christentum, durch die Reformation und durch die Aufklärung geprägt worden ist. So wie wir nicht den Beitrag des slawischen und des germanischen Europas relativieren, wenn wir davon sprechen, dass Europa durch die griechisch-römische Kultur seine Prägung erfahren hat, so verleugnen wir auch nicht den islamischen Teil unserer Geschichte, wenn wir sagen, dass die letzten 2000 Jahre eben auch und entscheidend christlich geprägt worden sind. Dies darf nicht als Abgrenzung und nicht als Ausgrenzung missverstanden werden, aber es ist wichtig darauf hinzuweisen.

Aber auch wenn Europa christlich geprägt ist, es ist kein Club der Christen allein. Im Gegenteil, der Anteil der Muslime in unserer Gesellschaft ist gewachsen, er wird weiter wachsen. Drei Millionen Menschen muslimischen Glaubens leben heute friedlich mit uns in Deutschland zusammen. Auch wenn sich Deutschland in seiner langen Geschichte nie als Einwanderungsland verstanden hat, so hat es in den vergangenen 50 Jahren doch mehr Einwanderung erfahren als die meisten unserer Nachbarländer. Die Generationen der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in den 50er und 60er Jahren aus Italien, Portugal, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei, die Hunderttausende von Asylbewerber, die Anfang der 90er Jahre nach Deutschland kamen, von denen viele geblieben sind, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, Millionen von Spätaussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa bis hin zu vielen, die jetzt in diesen Tagen nach Europa kommen, weil sie als Arbeitnehmer, als illegale Arbeitnehmer einen Teil von unserem Wohlstand und von unserer Freiheit miterleben wollen. Dies alles muss man wissen, und dazu gehört die Erkenntnis, dass Europa, wiewohl christlich geprägt, seine Zukunft eben nicht nur aufgrund seiner christlichen Geschichte definieren darf.

Wir werden eine gute Zukunft für unser Land nur schaffen, wenn wir aus der Geschichte lernen. Und dazu gehört eben auch, dass wir die Veränderungen, die in unseren Gesellschaften eingetreten sind nach dem Zweiten Weltkrieg, ernst nehmen und daraus die Konsequenzen ziehen - etwa durch eine engagierte Integrationspolitik für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in diesen 50 Jahren zu uns gekommen sind. Viel zu lange wurden diejenigen belächelt, die diese Integrationspolitik eingefordert haben, viel zu lange hat man gedacht, dass die Gastarbeiter, die ja auch zu Tausenden nach Bochum geströmt sind, um in den Berg- und Stahlwerken zu arbeiten, nicht lange bleiben würden, dass sie irgendwann zurückkehren würden. Aber inzwischen leben ihre Kinder und Enkelkinder hier, und manche von ihnen sind weniger gut integriert als es ihre Eltern und Großeltern waren. Und deshalb meine Damen und Herren ist dies eine der Herausforderungen für die Politik der nächsten Jahre.

Woran liegen die Probleme, denen wir uns gegenüber sehen. Zum einen an der Sprache, und das ist ein Teufelskreis der durchbrochen werden muss, denn wenn sie die Sprache nicht beherrschen, dann haben sie weniger Chancen in der Schule, und wenn sie keinen Hauptschulabschluss haben und nicht auf weiterführende Schulen gehen können, dann haben sie weniger Chancen, eine Lehrstelle zu bekommen, und am Ende stehen wir fassungslos vor der Statistik, die uns sagt, dass in der dritten Generation der Zuwanderer die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie bei den übrigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, und die uns außerdem sagt, dass der Zugang zu bestimmten Berufen, zu bestimmten Bildungsabschlüssen, ganz überproportional denjenigen nicht offen steht, die aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse diesen Zugang nicht finden.

Das Zweite, meine Damen und Herren, ist, dass wir zugelassen haben, dass Parallelgesellschaften entstanden sind durch Effekte, die man positiv sehen kann, die sich aber nicht nur positiv auswirken. Türkisches Fernsehen, türkische Geschäfte, türkische Ärzte, türkische Fußballvereine: Es ist heute

möglich, ein Leben zu führen ohne Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft, aber es führt eben dazu, dass am Ende soziale Teilhabe nicht erleichtert, sondern erschwert wird. Und wenn wir heute in Großbritannien, in Frankreich, in Spanien und auch in Deutschland von der Entwicklung eines sogenannten Home-Crown-Terrorism sprechen, eines zu Hause gewachsenen Terrorismus, dann hängt das auch damit zusammen, dass wir dabei sind, junge Menschen zu verlieren, die hier aufgewachsen sind, sich aber nicht zugehörig fühlen und sich deshalb von unseren Gesellschaften abwenden.

Manches mag aufgrund der Umstände erklärbar sein, akzeptabel ist es nicht. Der Staat muss Integration fördern, er muss allerdings auch die Integration fordern, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Die Scharia ist mit den Werten unserer freiheitlichen europäischen Verfassungen nicht vereinbar. Das müssen alle, auch die Einwanderer, akzeptieren. Dazu gehört z. B., dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, und dazu gehört auch, dass Männer und Frauen selber entscheiden, wen sie heiraten und nicht in die Ehen gezwungen werden.

Dies ist ein weiter Weg, den Teile des Islams zurücklegen müssen, aber es war auch ein weiter Weg für unsere Mehrheitsgesellschaft selbst. Ich erinnere mich an die frühen 60er Jahre, ich komme aus dem Saarland, wo es nicht selbstverständlich war, dass eine verheiratete Frau ihren Beruf weiter ausgeübt hat, wo es nicht selbstverständlich war, dass Frauen sich an dem Zustandekommen politischer Entscheidungen beteiligt haben, wo wir erst eine Debatte brauchten über Frauenquoten in Parlamenten und in politischen Parteien.

Und deshalb, meine Damen und Herren, wir sollten diese Diskussion nicht hochmütig führen, sondern wir sollten sagen, dass es für alle hier in unserem Land gilt, für die Nichtdeutschen wie für die deutschen Bürgerinnen und Bürger, dass es für alle eine Voraussetzung ist, sich mit den Grundwerten zu identifizieren, die in unserer Verfassung niedergelegt sind. Die Absage an Allmacht und damit das Wahren von Maß ist ein europäischer Wert. Dies umfasst auch die Absage an Fanatismus und Fundamentalismus, ganz gleich, ob es sich um christlich motivierten Fundamentalismus und Radikalismus in Nordirland, um national motivierten Fundamentalismus bei der ETA in Spanien und Frankreich oder auch um islamistisch inspirierten Extremismus handelt.

Meine Damen und Herren, erfolgreiche Integration bedeutet Teilhabe vor allem beruflich, politisch, gesellschaftlich, aber sie bedeutet in letzter Konsequenz eben auch eine Hinwendung zu eben diesem europäischen Menschenbild, das in vielen Aspekten ein universales Menschenbild widerspiegelt.

Beides basiert auf den grundlegenden Freiheits- und Menschenrechten, wie sie von der Aufklärung aufgrund unserer europäischen Geschichte hervorgebracht worden sind, und das bedeutet eben auch Verantwortung vor unserer Geschichte: dass man diese Geschichte, die europäische, als seine eigene annimmt, auch wenn man persönlich davon nicht mehr oder nicht betroffen ist.

Und, meine Damen und Herren, die Frage die sich stellt, ob denn dann Länder wie die Türkei zu Europa gehören können, ist eine der schwierigsten überhaupt in dieser Debatte. Die Frage, ob ein Land wie die Türkei geografisch zu Europa gehört, ist nicht so leicht zu beantworten, da mit Zypern ein Land direkt vor der kleinen asiatischen Küste seit zwei Jahren Mitglied eben dieser europäischen Union ist. Es ist die Frage, ob die Türkei geschichtlich zu Europa gehört, es ist die Frage, ob Länder wie die Türkei, die Ukraine, Weißrussland und Russland politisch und kulturell zu Europa gehören können. Und deshalb, meine Damen und Herren, glaube ich, dass es wichtig ist, diese Debatte nicht nur im Blick auf ein Land zu führen, sondern dass wir diese Debatte generell führen und dass wir anerkennen, dass all diese Länder, die Türkei, die Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Georgien, die Chance haben müssen, europäisch zu sein und europäisch zu werden.

Deshalb sind sie allesamt auch schon seit Jahren Mitglied im Europarat. Aber nicht alle europäischen Länder, nicht alle Länder, die zu Europa gehören, müssen zwangsläufig Mitglied in der europäischen Union sein. Die Schweiz ist zweifelsfrei ein europäisches Land, an die Mitgliedschaft in der europäischen Union denkt sie deshalb noch lange nicht.

Die europäische Union muss einerseits den europäischen Ländern offen stehen und andererseits die Voraussetzungen schaffen, um all die aufzunehmen zu können, die in den nächsten Jahren aus nachvollziehbaren Gründen an unsere Türen klopfen werden. Selbst wenn es gelingt, die europäische Union zu reformieren und ihr eine Verfassung zu geben, die ihr Wertegerüst zum Ausdruck bringt, ist es heute schwer vorstellbar, dass die europäische Union eines Tages von der Atlantikküste bis nach Wladiwostok reicht und vom Nordpol bis an die Grenze zum Irak. Es ist schwer vorstellbar, unvorstellbar ist es nicht.

Deshalb ist es richtig und gut die Frage nach den Grenzen Europas zu stellen, aber es ist vielleicht auch weise, diese Frage nicht ein für allemal und abschließend beantworten zu wollen. Wir Europäer tragen für den Zustand dieser Welt mindestens so viel Verantwortung wie die Menschen auf anderen Kontinenten, vielleicht sogar mehr. Die Situation in Afrika - z.B. in Dapur und im Kongo - ist schon lange so verzweifelt, dass wir es oft gar nicht mehr so genau wissen wollen. Aber die Gründe, warum es in Afrika so ist, wie es heute ist, finden wir zum großen Teil auch in der europäischen Geschichte. Wir tragen deshalb eine Verantwortung, nicht nur im Interesse unserer Zukunft, sondern auch wegen unserer Vergangenheit.

Wenn wir dieser Verantwortung gerecht werden wollen, haben wir nur eine Chance auf Erfolg, wenn wir als Europäer die Sache gemeinsam angehen. Deshalb brauchen wir ein handlungsfähiges, ein starkes Europa. Ein Europa, das über die engen Grenzen der Europäischen Union hinausreicht und allen Ländern, die sich mit Recht europäisch nennen können, die Hand und die Hilfe anbietet, die sie brauchen. Es gehört zur christlichen Botschaft, bei aller Finsternis und scheinbaren Aussichtslosigkeit der Lage nicht verzagt im Nichtstun zu verharren, sondern sich mutig den Herausforderungen zu stellen.

Dafür steht die Aktion Sühnezeichen mit ihren Projekten an vielen Orten der Welt, ganz besonders aber in Europa. Hans Ehrenberg äußerte 1943 aus dem englischen Exil heraus seine Hoffnung, dass der Tag kommen werden, an dem die Seestrecke London – Hamburg wieder befahrbar wird. Ich selbst habe es erlebt, wie noch vor wenigen Jahren, Mitte der 80er Jahre zwischen Deutschland und Luxemburg, zwischen Frankreich und Deutschland eine Grenze bestand mit Stacheldraht, Grenzschildern, Zollbeamten und Ausweiskontrollen jedes Mal, wenn man diese Grenze überquert hat. Dass diese Grenzüberschreitung heute selbstverständlich geworden ist, dass Millionen von Menschen in Europa von Portugal bis nach Österreich und Griechenland sich bewegen können, ohne ihre Personalausweise vorzuzeigen, ohne sich rechtfertigen zu müssen, dass die Menschen ins Gespräch gekommen sind nach der schrecklichen Erfahrung des Holocausts im Zweiten Weltkrieg, ist das größte Geschenk, das wir der europäischen Vereinigung zu verdanken haben.

Die Aktion Sühnezeichen hat hierzu einen wichtigen, einen großen Beitrag geleistet. Schon 1993 wurde dieser Beitrag mit der Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille anerkannt, und Sie erhalten heute den Hans-Ehrenberg-Preis als weitere bemerkenswerte Auszeichnung für diese Arbeit - nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für als Auftrag für eine hoffentlich gute Zukunft. Dazu im Namen von Wolfgang Schäuble, im Namen der Bundesregierung meine allerherzlichsten Glückwünsche.

PODIUM: "WIE WEIT REICHT EUROPA"

LALE AKGÜN; MdB | PETER ALTMAIER; MdB | ALFRED BUSS, PRÄSES DER EVANG. KIRCHE VON WESTFALEN | ULRICH RETZ, CHEFREDAKTEUER DER WAZ | AXEL SCHÄFER, MdB

Ulrich Reitz Wie weit reicht Europa? Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Frage, die uns jetzt beschäftigen wird. Die Frage hat Brisanz, und diese Brisanz wird allein schon an der anderen Frage erkennbar, nämlich: Wer muss denn draußen bleiben bei diesem Europa? Wir werden dieses, wie ich finde, außerordentlich politische Podium dazu nutzen, Ihnen die Frage nach der Identität, den Grenzen und Werten Europas zuverlässig zu beantworten, und wir werden fertig sein, bevor Frau Christiansen heute Abend anfängt, genauer gesagt: in 45 Minuten.

Ich darf Ihnen kurz vorstellen, wer heute Abend hier spricht:

Lale Akgün ist 1953 in Istanbul geboren. Sie kam 1962 im Alter von 9 Jahren nach Deutschland, studierte Medizin, Psychologie in Marburg. 1987 promovierte sie in Köln, wirkte dort mit beim Aufbau der Jugendhilfe und ebenso beim Aufbau des Landesentrums für Zuwanderung in Solingen. Sie hat 1981 die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen, 1982 ist sie in die SPD eingetreten, heute ist sie Sprecherin für Migration und Europafragen, und sie ist eine Kritikerin der Islamkonferenz von Herrn Schäuble.

Axel Schäfer ist Jahrgang 1952, geboren in Frankfurt, Verwaltungsfachmann, fünf Jahre war er im Europaparlament von 1994 bis 1999, seit 2002 sitzt er im Bundestag, er ist Mitglied im Europaausschuss, und er hat sich für die SPD um die europäische Verfassung gekümmert. Kurz, einer der sich auskennt in der Berliner Wirklichkeit und in der europäischen Wirklichkeit. In die SPD ist er eingetreten 1969 wegen Willi Brandt.

Alfred Buß ist 1947 in Ostfriesland geboren, hat in Bethel und Tübingen Theologie studiert, war 1975 Pfarrer in Unna-Königsborn, hat den Kirchentag im Ruhrgebiet 1991 maßgeblich vorbereitet, war seit 1994 Superintendent des Kirchenkreises Unna und ist seit 2004 Präses der Evangelischen Kirche in Westfalen. Sein Engagement gilt insbesondere den Flüchtlingsfragen.

Und schließlich Peter Altmaier, der schon aufgrund seiner Herkunft ein genetischer Europäer sein muss, nämlich als einer, der 1958 im Saarland geboren ist. Der katholisch ist, Jurist ist, Volljurist mit Prädikat, wie auf seiner Homepage nachzulesen ist. Er war Beamter der Europäischen Kommission, sitzt seit 1994 im Deutschen Bundestag, ist Mitglied des EU-Verfassungskonvents gewesen, konnte allerdings als solcher auch nicht verhindern, dass es in der EU-Verfassung, also dem Vorentwurf, keinen Gottesbezug gibt.

Sie sehen, wir haben jetzt die Chance, eine sehr politische Diskussion zu führen, lassen Sie mich als erstes Alfred Buß fragen: "Aktion Sühnezeichen", das klingt vergleichsweise altmodisch, mit dem Wort Sühne kann doch gerade die junge Generation wenig anfangen. Wofür soll ein junger Deutscher heute noch sühnen?

Alfred Buß Subjektiv kann und soll ein junger Deutscher, eine junge Deutsche sicherlich nicht für die Verbrechen von Nazi-Deutschland sühnen, die Nachgeborenen haben sich persönlich ja nichts zu Schulden kommen lassen. Sie stehen aber in einem Zusammenhang von Tun und Ergehen, sie stehen in der Geschichte des Volkes, des Landes, in das sie hineingeboren sind, und je länger wir uns von den Ereignissen entfernen, davon, dass Menschen nicht nur der Habe ihres Lebens beraubt wurden, sondern ihrer Würde - du bist nichts, so heißt die Botschaft der Gaskammern - je länger wir uns

davon entfernen, dass "Herrenmenschen" sich zu Göttern aufgespielt haben, je länger wir uns davon entfernen, um so deutlicher wird uns: Wir werden diese Geschichte nicht mehr los. Wir werden sie nicht mehr los, und deswegen ist es wichtig, dass junge Menschen heute entdecken und erleben, dass es andere Kulturen, andere Denkweisen, andere Glaubensweisen gibt, und dass Sühne darauf zielt, sie miteinander zu versöhnen. So wie wir Weihnachten singen, "Christ ist erschienen, uns zu versöhnen", zielt Sühne auch hier auf Versöhnung, sie ist immer die Gebärde der Bitte um Versöhnung, die Gebärde der Bitte, andere Wege zu gehen, andere Ziele zu verfolgen, die dem diametral entgegen stehen, was vor 60 Jahren geschehen ist.

Reitz Es gibt also eine nationale Erinnerung, die sich aus der jeweils eigenen Geschichte speist. Gibt es, Herr Schäfer, eigentlich auch ein europäisches Gedächtnis? Gibt es eine interkulturelle Erinnerung?

Axel Schäfer Ja, es gibt sie mittlerweile, es gibt sie insbesondere durch eine Reihe von gemeinsamen Buchprojekten: Vertreter aus verschiedenen Ländern sind daran gegangen, die Geschichte gemeinsam aufzuarbeiten, die bisher eher ein Instrument war, wieder neue Konflikte aufzubauen. Es gibt mittlerweile auch ein Stück weit eine gewachsene europäische Erinnerung, weil wir bereits seit über 50 Jahren in Europa politisch zusammenarbeiten mit dem festen Versprechen, dass wir uns auch zusammenschließen. Diese Zusammenarbeit hat mittlerweile, glaube ich, ein Fundament gelegt, auf dem vieles aufbauen kann. Und deshalb ist es wichtig, dass wir bei allen scheinbar nur nationalen Fragen immer gemeinsame europäische Hintergründe, gemeinsame europäische Erfahrungen und Erinnerungen und natürlich auch gemeinsame europäische Perspektiven mit einbringen.

Reitz Herr Altmaier, behindert die nationalsozialistische Vergangenheit der Deutschen uns möglicherweise bei einer offenen Diskussion über Europa? Konkret gefragt, müsste man nicht gegen die nationalistischen, ja sogar chauvinistischen Tendenzen unter der neuen Regierung in Polen offensiver Auftreten?

Peter Altmaier Das wird ja gemacht, die Frage ist nur, ob es gerade von uns Deutschen gemacht werden muss, solange in Polen noch Menschen leben, die das vergangene Grauen persönlich erlebt haben. Ich habe in Hunderten von Begegnungen in Europa festgestellt, dass man uns die deutsche Geschichte eigentlich nicht mehr vorhält, dass wir akzeptiert werden als ganz normales Land in Europa. Aber ich habe umgekehrt daraus für mich die Konsequenz gezogen, die Befindlichkeiten, die es bei den Menschen ja noch gibt, zu respektieren - etwa in den Niederlanden, einem Land, das mit Deutschland immer gute Beziehungen hatte und in dem man es bis heute nicht verstanden hat, wie dieses Unheil über sie hereinbrechen konnte. Wenn man das im Hinterkopf behält, dann glaube ich, kann man sich in Deutschland und als Deutscher auch in Europa zu fast allen Themen äußern.

Reitz Ist das ein Prozess, bei dem man sagen könnte, Deutschland sei - um das Wort, das in der Publizistik eine Rolle spielt, zu benutzen - Deutschland sei erwachsen geworden? Oder lehnen sie das, diesen Gestus, der damit verbunden ist, ab?

Altmaier Deutschland musste sicher erwachsen werden in dem Sinne, dass wir manche Tabus, die es gegeben hat, überwinden mussten. Aber ich lehne es ab, dies in dem Sinne zu verstehen, dass wir nun glauben, wir müssten die Fehler wiederholen, die große Länder wie Frankreich und Großbritannien gemacht haben und zum Teil noch vor wenigen Jahren gemacht haben - etwa den Fehler zu glauben, man könne im Zeitalter der Globalisierung noch eine nationale Außenpolitik betreiben. Nach der deutschen Einheit hat Helmut Kohl als Bundeskanzler das Angebot von Georg Bush senior für eine partnership in leadership mit Schweigen übergangen, weil er genau wusste, dass es nicht darum gehen kann, dass Deutschland der privilegierte Partner der USA in der Weltpolitik wird, son-

dern dass Europa dieser Partner werden muss, und das nicht, weil Deutschland es nicht werden möchte, sondern weil ein einzelnes Land es gar nicht mehr werden kann.

Reitz Es gibt aber schon noch Fragen der nationalen Außenpolitik. Frau Akgün, bei der Suche nach den Grenzen Europas - das wurde in der Würdigung gerade angesprochen - stößt man unweigerlich auf die türkische Frage, also die Frage: Gehört die Türkei zu Europa? Kann die Türkei in 10 Jahren Mitglied der europäischen Union sein?

Lale Akgün Ob die Türkei zu Europa gehört, ist tatsächlich die Frage, die im Moment in der Europäischen Union am meisten diskutiert wird. Die Türkei steht vor schwierigen Herausforderungen, was den Fortschritt der Verhandlungen mit der EU angeht. Da ist zum einen, dass die Fortschritte bei einigen Fragen im Rechtswesen des Landes nicht schnell genug vorangehen, der zweite wichtige Punkt ist die Ratifizierung des Ankara-Abkommens, also die Anerkennung der zypriotischen Republik. Wir müssen schauen, wie diese Hürden von der Türkei genommen werden, und wenn sie es schafft, die Schritte so voranzubringen, wie wir das als Europäer von der Türkei erwarten, dann bin ich überzeugt, dass die Türkei in 10 bis 15 Jahren beitreten kann. Ich glaube, an der sogenannten Türkeifrage stellt sich die eigentliche Frage, nämlich ob Europa ein Prozess ist und ob Europa seine Grenzen immer wieder neu definieren darf und muss - oder ob Europa sich mit sich selbst begnügt. Ich zähle zu denen, die sagen, Europa ist ein Prozess, wir müssen schauen, wie Europa weitergeht, wie Europa sich gestaltet. Ich glaube, wir müssen begreifen, dass wir, je mehr wir Europa als Prozess verstehen, desto mehr von all den Dingen verwirklichen können, für die Europa steht, nämlich Frieden und gemeinsame europäische Werte.

Reitz Da möchte ich Sie jetzt aber nicht so einfach rauslassen. Die alte Bundesregierung war im Prinzip entschieden, sie hat gesagt, es gäbe sehr gute Gründe dafür, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union sein sollte. Frau Merkel beharrt dagegen auf dem Modell einer "privilegierten Partnerschaft", was aber eben auch heißen kann: Die Türkei bleibt draußen. Wie wollen Sie sich in der großen Koalition einigen?

Akgün Da muss ich Sie etwas verbessern, ich war zusammen mit Frau Merkel in der Türkei, sie hat in Istanbul eine sehr geschickte Formulierung gewählt, sie hat gesagt: Mit dem Hut der Parteivorsitzenden sei sie für eine privilegierte Partnerschaft, mit dem Hut der Kanzlerin sei sie für die Fortsetzung unserer Außenpolitik.

Reitz Damit haben sie das Problem, das Frau Merkel im Moment hat, ziemlich gut beschrieben, nicht wahr, Herr Altmaier?

Altmaier Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden kann, wenn sie die Aufnahmekriterien erfüllt und die Europäische Union ihrerseits erweiterungsfähig ist. Wir wissen, dass in der Lebensdauer unserer Koalition darüber nicht entschieden wird, weil es ein sehr langer Prozess werden wird. Ich persönlich habe mich immer für das Projekt einer privilegierten Partnerschaft ausgesprochen, weil wir es nicht als ein Entweder-Oder ansehen, sondern weil wir wissen, dass die Türkei noch einen sehr weiten Weg zu gehen hat und es viele Rückschläge geben wird auf diesem Weg, und weil wir wissen, dass die Europäische Union noch dabei ist, die Folgen der letzten beiden Erweiterungsrounden zu verdauen. Daher erschien es uns wichtig, ein Modell anzubieten, das für eine absehbare Zukunft - vielleicht sogar für immer, aber das kann kein Mensch wissen - eine Alternative zur Vollmitgliedschaft darstellt.

Reitz Sie mogeln sich raus, und Sie wissen es. Ich hatte eine Wertefrage gestellt, nämlich ob Sie es wollen, dass die Türkei drin ist oder nicht, und Sie antworten mit dem Hinweis auf einen langwierigen Prozess. Aus diplomatischer Sicht kann ich das gut verstehen, Sie auch, Herr Schäfer?

Schäfer Natürlich gehört die Türkei zu Europa. Alle Länder, die zu Europa gehören, haben sich seit 1949 zusammengeschlossen, was Fragen von Kultur und Menschenrechten anbelangt, und deshalb sind diese Länder auch im Europarat. Ob es die Türkei schafft, die Beitrittskriterien in 10 Jahren zu erfüllen, wissen wir heute nicht. Aber das, was wir begonnen haben - der erste, der das unterschrieben hatte, war Konrad Adenauer - geht weiter. Deshalb beginnen alle Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts, sonst müsste man keine Beitrittsverhandlungen machen. Wir haben heute bereits - insbesondere durch die Zollunion - eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei, aber es wird - und das sage ich bewusst als einer in der SPD, der eher zurückhaltend ist, was das Gelingen des Beitritts anbelangt - es wird darauf ankommen, dass die Türkei sich europäisiert, so dass sie aufnahmefähig wird. Wir führen die Verhandlungen jetzt und unternehmen alles, damit es gelingt, die Türkei als Vollmitglied aufzunehmen, aber gleichzeitig wissen wir nicht, ob es mit der Türkei z.B. bis zum Jahre 2015 tatsächlich gelingen wird.

Reitz Dann frage ich eben den Kirchenmann, Präses Buß, wollen Sie, dass die Türkei in die Europäische Union kommt?

Buß Angesichts einer tendenziell konfrontativen Stellung zwischen christlich und islamisch geprägten Ländern halte ich es - im weltpolitischen Maßstab gesehen - für geboten, alles zu versuchen, die Türkei in die Europäische Union zu holen. Dabei wird zugleich deutlich, dass das, was wir leichtthin als Wertegemeinschaft bezeichnen, kein Wertehimmel ist, in dem man sich bei Bedarf bedienen könnte im Glauben, dass wir, wenn wir die Werte haben, auch wüssten, wie es ist. Im Dezember war Ali Bardakoğlu, der Präsident der türkischen Religionsbehörde, bei mir im Landeskirchenamt, er sagte mir, selbstverständlich herrsche in der Türkei Religionsfreiheit, selbstverständlich. Ich habe ihm geantwortet, eine Freiheit, die Menschen nicht spüren, sei keine, jeder Wert bedürfe der Auseinandersetzung darüber, wie er verwirklicht werden soll. Wenn wir von Werten reden, meinen wir Werte, die zu Grundrechten geworden sind, die in unserer Verfassung stehen, es handelt sich um gesellschaftliche Vereinbarungen. Das ist nichts, was man einfach freilegen könnte, es haben Kämpfe stattgefunden um sie. Ich denke, einen Weg dieser Art haben wir vor uns - so wie ich mir auch keine Türkei vorstellen kann, die zur Europäischen Gemeinschaft gehört, ohne in der Armenienfrage Klartext geredet zu haben, wobei zur Klarheit wiederum gehört, dass der erste Gewaltmarsch von den Armeniern ausging. Das erwähne ich hier nur als ein Beispiel dafür, dass wir genau hinschauen müssen und Klartext reden, aber miteinander Klartext reden müssen, um umeinander zu ringen.

Akgün Zum Beispiel Orhan Pamuk. Dass es in der Türkei einen Literaturnobelpreisträger gibt, ist eine große Chance, dass aber so wenige Menschen in der Türkei darüber jubeln, das zeigt, wie weit der Weg noch ist. Ich hätte mir gewünscht, dass die Türkei jauchzt, wenn zum ersten Mal ein Dichter türkischer Sprache einen Literaturnobelpreis bekommt, stattdessen ein verhaltendes Naja. Dazwischen liegt der Weg, der zu gehen ist.

Altmaier Das eben beschreibt den Zwiespalt, und deshalb ist es, lieber Herr Reitz, kein Herausmogeln aus der Frage. Ich kenne viele in der Türkei, die sich seit Atatürk durch die Hinwendung zu westlichen Werten definiert haben und die ihren Beethoven und ihren Goethe besser kennen als mancher von uns, mich eingeschlossen. Aber es ist auch richtig, dass jedes Mal, wenn ich nach Istanbul komme, die Zahl der Kopftücher mehr geworden ist, und dass es eben nicht nur die türkische Regierung gewesen ist, die nicht gejubelt hat, als Pamuk den Preis bekam, sondern das ganze Land hat sehr zurückhaltend darauf reagiert, das eben ist der Zwiespalt. Deshalb kann es auf die Frage, ob die Türkei in die Europäische Union gehört, zum jetzigen Zeitpunkt keine eindeutige Antwort.

Reitz Es gibt einen aktuellen Fall, den ihrer Kollegin Ekin Deligöz von den Grünen, die dazu aufgerufen hatte, dass Türkinnen kein Kopftuch tragen sollten, weil das Kopftuch ein politisches und kein religiöses Symbol sei und eher ein Symbol für die Unterdrückung der Frau. Die Reaktionen von muslimischen Verbänden hier und ebenso aus Ankara, einschließlich der Reaktionen der dortigen Presse, waren so, dass Frau Deligöz unter Personenschutz gestellt werden musste. Was ist da schief gelaufen?

Akgün Kurz zur Vorgeschichte, weil ich da persönlich involviert bin. Vor zwei Wochen erschien in der „Bild am Sonntag“ eine Umfrage, zunächst völlig harmlos, die Frage war: "Was halten sie vom Kopftuch?". Frau Deligöz hat gesagt, was Sie, Herr Reitz, gerade zusammengefasst haben, und ich hatte gesagt, dass viele moderne Islamtheologen sagen, es sei keine Sünde, ohne Kopftuch auf die Straße zu gehen, und dass ich sehr dagegen sei, wenn Frauen gezwungen würden, ein Kopftuch zu tragen. Ich habe ebenfalls sehr viele Schmäh-Mails bekommen, widerliche Mails, ich habe Gott sei dank keine Morddrohung bekommen wie die Kollegin Deligöz. Die Geschichte zeigt, dass wir es mit zwei Fragen zu tun haben: Was passiert in der Türkei und was passiert mit dem Islam. Sie sagten eben, Kollege Altmaier, die Anzahl der Kopftücher in der Türkei sei jedes Mal gewachsen, wenn sie da hinfahren. Ich glaube, dass es in der Türkei im Moment eine Polarisierung gibt, eine tiefe Spaltung der Gesellschaft zwischen Säkularen und zwischen den - ich will jetzt nicht sagen: den Frommen - den orthodox Praktizierenden, die Grenze ist offen bis hin zu den sich immer mehr Radikalisierenden. Eine Versöhnung dieser zwei Gruppen ist noch nicht in Sicht, weil diese Spaltung wirklich tief durch die Gesellschaft hindurch geht. Schauen sie, ich bekam so viele Schmäh-Mails -

Reitz Aber diese Mails kamen nicht nur aus Türkei, die kamen doch auch aus Deutschland?

Akgün Die kamen fast nur aus Deutschland. Einige in der Türkei allerdings haben es sich nicht nehmen lassen, uns per türkischen Medien mitzuteilen, was sie von uns, der Kollegin Deligöz und mir, halten, nämlich nichts. Und da denkt man dann schon darüber nach, wie diese islamischen Organisationen mit der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau tatsächlich umgehen: Für mich persönlich ist diese Debatte keine Kopftuchdebatte mehr, sondern eine Frage der Meinungsfreiheit. Wenn mir geschrieben wird, „halt den Mund, du hast da nichts zu sagen“, dann muss ich darauf antworten, dass ich natürlich auch etwas dazu zu sagen habe und meine Meinung kundtun werde. Wir müssen gerade an dieser Stelle sehr genau darauf achten, mit wem wir den Dialog führen - wir führen ja immer so gerne Dialoge - und wer unsere Partner sind und mit welchen Zungen diese Partner reden. Ich sage das hier ganz offen: Reden sie wirklich mit einer Zunge oder mit zwei, drei, vier Zungen, ich weiß es nicht. Die Zunge jedenfalls, mit der sie mich angeredet haben, als sie mir geschrieben haben, möchte ich niemandem zumuten.

Reitz Nehmen wir also einerseits die Reaktionen auf den Fall Deligöz - ein Fall, der für mich einmalig ist, dass eine Abgeordnete unter Polizeischutz gestellt werden muss, weil sie ihre Meinung sagt - und andererseits die Islamkonferenz kurz zuvor: Sind Sie, Herr Altmaier, enttäuscht von Ihrer Konferenz, wenn zwei Wochen später so etwas passiert, wie es Frau Deligöz passiert ist, und Sie bekommen dann eine, sagen wir vorsichtig, eher diffuse Reaktion von den hiesigen islamischen Verbänden?

Altmaier Nein, ich bin überhaupt nicht enttäuscht, weil uns allen klar war, dass es ein schwieriger und langer Weg ist, der nicht mit einer Konferenz beendet ist. Wir bekommen im Augenblick im Bundesinnenministerium auch Briefe von erbosten deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sagen, „wie kommt ihr dazu, den Islam noch aufzuwerten?“ Wir muten auch der Mehrheitsgesellschaft einiges zu, und wir muten den Vertretern des Islam einiges zu, weil wir klar gesagt haben: Unser Ziel ist ein europäischer, ein aufgeklärter Islam, und wir erwarten ein klares Bekenntnis eben

nicht nur zu den Grundwerten, sondern dass sie beispielsweise auch Teilnehmer an dieser Islamkonferenz akzeptieren, die nicht zu den traditionellen Islamvertretungen in Deutschland gehören. Die Konferenz hat stattgefunden, das war ein Erfolg an sich, ob das Modell Erfolg haben wird, das wissen wir in zwei oder drei Jahren.

Reitz Frage an den Christenmenschen: Herr Buß, sind Demokratie und Islam ihrer Meinung nach vereinbar? Kann es zu einem sogenannten Euro-Islam - ich glaube, der Erfinder dieses Wortes ist Bassam Tibi - kann es das geben?

Buß Bevor wir über eine andere Religion urteilen, müssen wir noch mal bei uns selber schauen und uns fragen, seit wann eigentlich das Christentum demokratiefähig ist. *[Applaus]* Ich bin der Meinung, dass der Begriff der Menschenwürde - wir haben es von Prof. Stöhr gehört - ohne den Gedanken der Gottes-Ebenbildlichkeit nicht denkbar ist. Das ist eine einzigartige jüdisch-christliche Wurzel, die heute unserer Verfassung zugrunde liegt, und doch musste dieser genuin jüdisch-christliche Gedanke gegen die Kirchen durchgesetzt werden. Und weil wir uns das immer wieder vor Augen führen müssen, schlage ich vor: Maßen wir uns kein Urteil an, sondern fangen wir an, miteinander zu diskutieren. Wir haben gemeinsame Ziele, wir wollen gemeinsam leben, wir wollen gemeinsam in diesem Land und in der Europäischen Union leben, und jetzt müssen wir uns darüber verständigen, was die Grundlagen unseres Zusammenlebens sind. Darüber müssen wir diskutieren und dürfen dabei nicht zurückweichen von Positionen, die wir in einer 1000-jährigen Leidensgeschichte, der blutigen Geschichte Europas, miteinander erstritten haben, bis wir selber begriffen hatten, dass der Verfassungsstaat säkular sein muss. *[Applaus]*

Reitz Auch ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, Herr Buß. Umso mehr aber stellt sich die Frage, ob der Islam nicht sich selber eine Debatte, eine religiöse Debatte schuldig ist. Wir können ja nicht daran vorbeisehen, was Peter Altmaier eben gesagt hat, dass Parallelgesellschaften entstehen, die sich auf den Islam berufen. Ohne überheblich zu fragen, aber muss man nicht auch dafür sorgen und Mut zusprechen, dass dieser religiöse Dialog im Islam selber als Vergewisserungsdebatte geführt wird?

Buß Ja, und zwar, indem wir unsere Geschichte erzählen. Wir müssen, glaube ich, deutlich machen, dass wir in Europa in den Religionskriegen, in den Kriegen der Konfessionen, gelernt haben, dass wir den säkularen Staat brauchen. Die These, zunächst einmal müssten sich die Religionen verstehen, bevor Frieden herrsche, ist falsch, sie entspricht nicht unserer Geschichte. Wir haben vielmehr gelernt und haben es, Gott sei es geklagt, lernen müssen, dass wir, die Religionen und Konfessionen, den säkularen, den weltanschaulich neutralen Staat brauchen, damit er uns, die Religionen und Konfessionen, in Schach hält. Das bedeutet nicht - dieser Fehler wird ja ebenfalls oft gemacht - dass die Gesellschaft laizistisch werden muss: Die Gesellschaft ist unabhängig von dem Bezug auf einen Verfassungsstaat zu denken, aber in ihr muss die Zivilgesellschaft und müssen auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften eine Rolle spielen. Das ist der Weg, den wir miteinander gehen und auch mit dem Islam gehen müssen.

Akgün Vielleicht muss man an dieser Stelle noch mal deutlich machen, dass der größte Teil der Muslime in Deutschland gar nicht organisiert ist. Schauen sie, wir haben 3 bis 3,5 Millionen Muslime in Deutschland, wir können die Zahl nur schätzen, weil bei uns die Religionszugehörigkeit von den Moscheevereinen registriert wird. Bei den organisierten Muslimen kommen wir auf höchstens etwa 200.000 Mitglieder, aber allerhöchstens 3,5 Millionen Muslime, 200.000 Mitglieder: Wenn sie mit den Menschen auf der Straße reden, also mit den Muslimen, die nicht organisiert sind, dann sind das liberale Menschen, und ich ha

be keine Zweifel daran, dass bei ihnen Islam und Demokratie kompatibel sind. Deswegen ist die entscheidende Frage für mich, mit wem man den Dialog führt. Man kann ja nur mit denen reden, die organisiert sind, die sich als Repräsentanten anbieten. Aber der Islam an sich kennt solche Organisationsformen überhaupt nicht, es gibt keine offiziellen Repräsentanten des Islams. Also nimmt man die, die eben da sind, nur sind die ganz anders in der Wolle gefärbt als die Mehrheit der Muslime. Das ist der Widerspruch, den wir im Moment nicht lösen können, weil die liberalen Muslime nicht organisiert sind, da würde man ganz andere Leute antreffen. Und so komme ich auf das, was Sie eben sagten, was ich für ganz wichtig halte: Was wird bei den Organisierten, bei bestimmten Organisationen, was wird da gepredigt? Welche Weltbilder herrschen dort? Stehen sie im Gegensatz zu liberalen Vorstellungen? Welche Jugendarbeit wird da gemacht? Das sind die Fragen, die beantwortet werden müssen, meiner Meinung nach muss bei den organisierten Muslimen sehr viel mehr Transparenz herrschen. Am Tisch des Ministers ist es leicht, liberal zu sein, wenn man da sitzen darf, ist man schnell ganz liberal und strahlt in die Kamera, alles kein Problem. Aber was passiert wirklich in der Jugendarbeit in der eigenen Moschee? Darum verlange ich von diesen Organisationen Transparenz, weil es entscheidend ist, dass nicht aus dieser Jugendarbeit heraus Parallelgesellschaften entstehen. *[Applaus]*

Altmaier Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Erkenntnis: Es gibt den Islam so wenig, wie es das Christentum gibt. Es gibt Protestanten und Katholiken, es gibt protestantische Konfessionen, und auch bei den Katholiken gibt es etwa zwischen Papst Benedikt und Kardinal Lehmann in konkreten Fragen zumindest einige Nuancen. *[Applaus]* Beim Islam ist es insofern noch schwieriger, weil es nicht nur eine Bandbreite unterschiedlicher Inhalte gibt, sondern auch diese organisatorischen Defizite, und deshalb wollen wir mit der Islamkonferenz den Islam in Deutschland auch ermutigen, sich zu organisieren in dem Sinne, dass es einen Ansprechpartner gibt für den Staat. Wir wollen beispielsweise Islamunterricht in den Schulen, aber wenn, dann von Imamen, die in Deutschland ausgebildet werden und in deutscher Sprache unterrichten. Dafür brauchen wir Ansprechpartner, das können keine Gruppen leisten, die ein oder zwei Prozent aller Muslime vertreten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich dort, wo die Moscheebauvereine aktiv sind, Spannungen aufbauen und es zu keiner Verständigung kommt, sondern wir müssen versuchen, auch als Staat eine gewisse Vorbildfunktion auszuüben, indem wir sagen: Wir erkennen die Realitäten an, und das bedeutet, der Islam ist Teil unserer Gesellschaft. Wir verlangen allerdings vom Islam auch das, was wir von jeder anderen Religion verlangen, nämlich dass er sich nicht außer halb oder neben das Grundgesetz stellt. Ich gebe Ihnen, Frau Akgün, ausgesprochen Recht, 90 Prozent der Muslime stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, und wir verlangen, dass auch die übrigen 10 Prozent sich dazu bekennen, das müssen und dürfen wir erwarten.

Reitz Der Unterschied zu Bischof Lehmann und dem Papst ist aber, dass keiner von beiden den Vorrang des Staates bestreitet. Das ist im Islam nicht der Fall, das halte ich doch noch mal fest, und weil hier zwei gestandene Innen- und Rechtspolitiker sitzen, frage ich Sie: Was weiß eigentlich – Frau Akgün hat das Thema gerade aufgeworfen – der Verfassungsschutz über das, was in den Moscheen gepredigt wird?

Altmaier Es gehört zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes, sich über verfassungsfeindliche Bestrebungen dort zu informieren, wo sie stattfinden, und es gibt sehr viele Moscheen in Deutschland, in denen keinerlei verfassungsfeindliche Aktivität stattfindet, sondern in denen Religion ausgeübt wird, wie das in christlichen Kirchen auch geschieht. Es aber gibt einzelne Moscheen, wo da nicht so ist, das sind Moscheen, die wir kennen und in denen wir Beobachtungen durchführen, und das wiederum tun wir nicht, weil es sich um Moscheen handelt, sondern das tun wir, weil es dort möglicherweise verfassungsfeindliche Bestrebungen gibt.

Reitz Ein anderes Thema, das damit durchaus zusammenhängt. Müssen wir Deutschen, müssen wir Europäer gerade als Lehre aus der Geschichte heraus heute nicht viel bedingungsloser an der Seite Israels stehen, weil Israels Existenzrecht von islamistischen Extremisten auf ganz neue Weise bestritten wird? Nehmen wir die Drohungen aus Teheran ernst genug, Herr Schäfer?

Schäfer Natürlich nehmen wir das ernst genug. Ich glaube, das Verhältnis Deutschlands zu Israel und auch das Verhältnis der Europäischen Union zu Israel ist ein Stück unserer Staatsräson. Wir haben in Europa mittlerweile so etwas wie eine gemeinsame Staatsräson. Wir wissen, dass wir jetzt langsam in die Situation kommen, in der die Frage ansteht, wie man mit ganz bestimmten Maßnahmen - also auch mit bestimmten Einschränkungen gegenüber dem Iran - arbeitet. Unser Ziel ist es, in einer sehr intensiven Weise auf den Iran einzuwirken. Natürlich ist es für uns völlig unakzeptabel, dass der Iran in die Lage versetzt wird, Atomwaffen herzustellen, und es ist besonders inakzeptabel, dass diese Atomwaffen in besonderer Weise auf Israel gerichtet sind.

Reitz Frau Akgün, die Hälfte der Deutschen lehnt den Libanoneinsatz, den die Marine jetzt vor der Küste Libanons leistet, ab, die andere Hälfte ist dafür. In der veröffentlichten Meinung, auch in meiner Zeitung, hieß es, im Grunde sei dies ein Einsatz zugunsten Israels. Grundsätzlich also ein Einsatz für Israel, tatsächlich aber eine Ablehnung in der Bevölkerung. Ist das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zu Israel ambivalent?

Akgün Vorweg: Ich glaube, wir müssen sehr, sehr aufmerksam sein, damit kein Antisemitismus in der Gesellschaft entsteht und wächst. Das ist eine Gefahr, die ich immer wieder lese, die elektronische Post macht es möglich, weil uns die Meinungen von Bürgern unmittelbar erreichen. Antisemitismus ist etwas, gegen das wir sehr aufmerksam eintreten müssen. Ich glaube aber auch, dass in der Bevölkerung das Unbehagen gegen Auslandseinsätze insgesamt wächst, das betrifft nicht nur den Libanoneinsatz, der als Pro-Israel erlebt wird. Ich habe meine persönliche Entscheidung, warum ich dem Einsatz zugestimmt habe, damit begründet, dass wir einen Beitrag als Europäer leisten müssen. Wir können nicht immer reden, aber wenn es ums Handeln geht, sollen bitte mal die anderen vortreten. Ich weiß, dass dies ein gefährlicher Einsatz ist, immer mehr Menschen sagen, „Auslandseinsätze bitte nicht in diesem Umfang, wir wollen das nicht“. Auch die jüngsten Informationen aus Afghanistan über Totenschändungen und die Verwendung von Wehrmachtssymbolen werfen ja die Frage auf, ob unsere Soldaten genügend vorbereitet sind auf diese Stresssituation, der sie ausgesetzt werden, ob es überhaupt sinnvoll ist, junge Leute so lange da zu lassen, es gibt da noch viele Fragen. Ich glaube, wir müssen unsere Politik an dieser Stelle überdenken, wir dürfen uns weder zurückhalten noch den Klassenprimus machen, sondern müssen eine Balance finden, wie wir in der Weltgemeinschaft insgesamt mitmachen - wobei wir ja bei Militäreinsätzen keineswegs unter den ersten sind, die sich melden, überhaupt nicht. Auf der anderen Seite wird es immer schwieriger, der Bevölkerung den Sinn von Auslandseinsätzen zu erklären, da bedarf es mehr Aufklärung. Die Leute haben das Gefühl, wir Politiker würden das unter uns ausmachen, es fehlt da an Transparenz, und das heißt, wir müssen mehr über das reden, was da eigentlich passiert.

Reitz Wir haben also die Deutschen in den letzten acht, neun Jahren nicht mitgenommen, sagt die Politik, bei einer politischen Entwicklung, die atemberaubend ist?

Akgün Das ist so, ich weiß das, wir hätten mehr aufklären müssen, wir hätten mehr darüber reden müssen. Ich denke, es waren zu viele Einsätze in zu kurzer Zeit, die Bevölkerung ist nicht mitgekommen.

Reitz Herr Schäfer?

Schäfer Wir sollten uns in Erinnerung rufen, dass unser Land seit 1945 ausgerichtet ist auf den Frieden. Es ist unsere Staatsräson, als Deutsche gemeinsam in Europa dem Frieden zu dienen. Damit beginnt das Grundgesetz, und dann folgt alles andere, besonders die Menschenwürde. Wir sind nach den Erfahrungen im Kosovo - dieser Einsatz war ja für die deutsche Politik ein Paradigmenwechsel - in der Situation, in der sich immer wieder die Frage stellt, wie wir als Deutsche in Europa Verantwortung für den Frieden in der Welt wahrnehmen. Und beide Entscheidungen - das Ja zum Afghanistan-Einsatz auf der einen Seite, das Nein zum Irakkrieg auf der anderen Seite - beide Entscheidungen haben unsere Außenpolitik in entscheidender Weise geprägt auch deshalb, weil alle unsere Nachbarn in Europa von uns erwarten, dass wir uns als Deutsche friedenssichernd und friedenserhaltend einbringen. Da wird eine große Erwartung an Deutschland gerichtet, und dann ist es eine klare Verpflichtung der deutschen Politik, Überzeugungsarbeit zu leisten, wenn es nötig ist. Aber auch sagen zu können, wir gehen demnächst vielleicht mit unseren Truppen aus Bosnien-Herzegowina wieder raus, weil 10 Jahre unseres Engagements dort soviel vorangebracht haben, dass wir nicht mehr bleiben müssen.

Reitz Meine Damen und Herren, Sie haben es gemerkt, wir reden die ganze Zeit über die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Wir haben mit der Frage, was Sühne sei, begonnen und sind jetzt angekommen bei der Frage, was Friedensdienst heute sei. Ich schneide ein letztes Thema an, das ich für sehr wichtig halte: Präses Buß, wäre es nicht an der Zeit, heute noch ein ganz anderes Zeichen der Sühne zu setzen? Versündigen wir uns nicht an der Dritten Welt, indem wir Europa zur Festung ausbauen?

Buß Mir macht vor allem Sorge, dass wir die Räume, die kein Rechtsraum sind für Menschen - in der Weltpolitik insgesamt, aber auch um Europa herum - immer mehr ausdehnen. Flughäfen, und jetzt auch der Londoner Hafen, werden zu einem Raum erklärt, an dem Handelswaren geschützt sind, Menschen aber eben nicht. Es entstehen Räume, deren Recht wesentlich von privaten Akteuren gesetzt wird wie beispielsweise die lex mercatoria. Das bedeutet, zugespitzt formuliert: Eine Dose chinesischer Bohnen ist durch das Recht besser geschützt als manches Flüchtlingsboot, das aus den Löchern der Weltgesellschaft auftaucht und irgendwohin verschwindet. Diese Unterscheidung im Denken zwischen zoe, dem nackten Leben, und bios, dem Leben im Rechtsraum, scheint wieder ein Denkmodell zu werden, so wie es wieder denkmöglich zu werden scheint, dass Folter unter Umständen möglich sei. Wir müssen jetzt schon sehr genau hinsehen, um überhaupt erkennen zu können, was außerhalb der Räume geschieht, in denen Recht gesetzt ist. Und müssen dabei das andere im Auge behalten, die Frage, was geschieht innerhalb der Räume, wer hat wie Teil am Recht und am Leben, wer kann wirklich teilhaben? Die Armutsdebatte hierzulande macht deutlich, dass es auch innerhalb der Rechtsräume nicht so zugeht, wie wir es uns gerne ausmalen. *[Applaus]*

Altmaier Die wunderbare Freizügigkeit, die wir innerhalb der Europäischen Union haben, wird es weltweit auf lange Zeit hin nicht geben, weil das Wohlstandgefälle zu groß ist und niemand sich wünschen kann, dass Millionen von Menschen völlig unkontrolliert versuchen, nach Europa zu gelangen mit all den humanitären Tragödien, die das bedeuten würde. Deshalb ist die Bekämpfung illegaler Einwanderung nicht unmenschlich, sondern eine Voraussetzung dafür, vielen Menschen das Schicksal zu ersparen, von Menschenhändlern unter unwürdigsten Bedingungen quer über Kontinente hinweg nach Europa verbracht zu werden. Wenn wir illegale Migration bekämpfen wollen, dann müssen wir den Menschen in Afrika Hoffnung geben, und zwar Hoffnung auf eine bessere Entwicklung zu Hause. Deshalb müssen wir Türen öffnen für eine legale Migration nach Europa. Vor ein paar Tagen erst Wolfgang Schäuble die Frage gestellt, ob wir nicht mit einer zirkulären Migration arbeiten

können. Zirkuläre Migration bedeutet, dass Menschen für eine bestimmte Zeit zu uns kommen und dann mit dem Knowhow und der Erfahrung, die sie hier gewonnen haben, in ihren Länder Aufbauarbeit leisten, während andere kommen, die ihre Stelle hier bei uns einnehmen. Wir müssen uns dieser Diskussion stellen, wir müssen die Republik hier im Auge behalten, ohne die Menschenwürde und die Menschlichkeit aus dem Auge zu verlieren.

Reitz Jetzt haben Sie zum Schluss noch mal ein richtiges Fass aufgemacht, und wie ich das sehe, möchten drei Leute auf dem Podium unbedingt darauf reagieren. Aber ich hatte eingangs versprochen, dass wir diszipliniert sein werden, und insofern lassen wir das, was Sie jetzt zum Schluss aus dem Gedankengut von Wolfgang Schäuble erzählt haben, mal so stehen. Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für ein außerordentlich mutiges Podium, denn sie sind dem Kern nicht ausgewichen, sondern auf Fragen, die Großes betreffen, auch groß eingestiegen, und deswegen herzlichen Dank für diese couragierte Diskussion. [*Applaus*]

PREISVERLEIHUNG

HANS-DETLEF HOFFMANN, VIZEPRÄSIDENT DER EKvW | FRED SOBIECH, SUPERINTENDENT

Das Europa, über das wir heute diskutiert haben, ist das Europa, über das Hans Ehrenberg 1943 geurteilt hat, es sei ein "Gegenstand des Wunders": "Nichts in der Welt", so hatte Hans Ehrenberg 1943 aus dem englischen Exil, in das er sich und seine Familie hatte retten können, geschrieben, "nichts in der Welt ist so sehr ein Gegenstand des Wunders geworden wie die Möglichkeit eines Friedens."

Dieser Frieden in Europa ist möglich geworden. Er erscheint wie selbstverständlich, ist es aber nicht. Dass wir jederzeit nach Rotterdam fahren können, dass wir den Urlaub in Norwegen verbringen, dass wir Bücher aus Israel lesen können, das alles sind - mit Ehrenberg - Gegenstände des Wunders:

1959 hat die Aktion Sühnezeichen Ferienhäuser für Arbeiterkinder aus Rotterdam errichtet - für Kinder aus jener Stadt, die 1940 von der deutschen Luftwaffe in Schutt und Asche gelegt worden war. Im selben Jahr hat die Aktion Sühnezeichen ein Behindertenheim errichtet im Norden von Norwegen - in jener Region, die von der deutschen Wehrmacht verwüstet worden ist. 1961 sind die ersten Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen nach Israel gegangen - zu einem Zeitpunkt, als es nichtmals diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland gab.

So hat die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste uns den Weg nach Europa geebnet. Sie hat uns Wege geebnet, die wir heute wie selbstverständlich gehen, die uns aber Gegenstände des Wunders sind und bleiben.

Sie, sehr geehrter Herr Dr. Franz von Hammerstein, haben zusammen mit Lothar Kreyszig dazu aufgerufen, solche Sühnezeichen zu setzen. Sie haben dazu aufgerufen zu einer Zeit, in der das Wort Sühne vergessen und - wie eingangs erwähnt - seine "Herkunft unbekannt" war. Sie haben uns gezeigt, woher die Sühne kommt, woraus sie entsteht, sie erwächst im Tun, im tätigen Dialog.

Dafür, für das Wunder der versöhnenden Sühne, die nicht nur freiwillig hilft, sondern darum bittet, helfen zu dürfen, für das Wunder des Dialogs, das europäische Wunder, danken wir Ihnen und der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und allen ihren Freiwilligen von Herzen.

Ich verlese den Text der Urkunde: "Mit dem Hans-Ehrenberg-Preis 2006 ausgezeichnet wird die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für ihr auf Erinnerung, Versöhnung und zeichenhafter Übernahme persönlicher Verantwortung gegründetes Werk, mit dem sie Ehrenbergs halachische Theologie und dialogische Philosophie, sein Glaubenszeugnis und Lebenswerk in Verantwortung vor der Geschichte weiterführt."

Herzlichen Glückwunsch.

RESPONS [I]

DR. CHRISTIAN STAFFA | GESCHÄFTSFÜHRER DER ASF

Liebe Freunde, ich bin sehr dankbar für diesen Preis, ich empfinde ihn als eine Ehre, die insbesondere unseren Freiwilligen gilt und ebenso unseren Gründern, den Hauptamtlichen und allen, die das Projekt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit aufgebaut haben.

Eine Ehre, die ich mit einigen Anmerkungen versehe und zunächst mit einer Anmerkung zu der Frage, wie sich geschichtliche Zustände verändern, gerade weil diese Ehre gegenüber Aktion Sühnezeichen Friedensdienste - genauso wie das Demokratieverständnis der evangelischen Kirche - keine Selbstverständlichkeit ist. Vor 20 Jahren wäre es noch einigermaßen undenkbar gewesen, dass Regierungsmitglieder so positiv über Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gesprochen hätten. Franz von Hammerstein ist - nicht von Regierungsmitgliedern, aber von Mitgliedern der Bevölkerung, also des höchsten Souverän dieses Landes - als "vaterlandsloser Geselle" und "Verräter" beschimpft worden, weil er Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gegründet hat.

Wir müssen uns das wieder neu vor Augen führen, wie Sühnezeichen 1971 den Plan, die Idee, die Vision hatte, in Polen, in Oswiecim, in Auschwitz, eine internationale Jugendbegegnungsstätte zu bauen. Damals kam aus der Regierung eher die Reaktion, ach, das ist doch viel zu *depressiv*. Auch die Kirchen mochten Sühnezeichen nicht immer und nicht überall, die westfälische Landeskirche ist da eine Ausnahme, aber an anderen geographischen und theologischen Orten war Sühnezeichen lange Zeit nicht wirklich beliebt. Diese Stimmung hat sich - innerhalb und außerhalb der Kirchen - verändert.

Wenn ich Hans Ehrenberg richtig verstehe, hat er versucht, durchaus Disparates miteinander in einen Dialog zu bringen, und sein Versuch, die Orthodoxie, das Angelsächsische und das deutsche Lutherische miteinander ins Gespräch zu bringen, ist ein ziemlich mutiges, ein gewagtes Unternehmen. Ich denke, dass es ein vergleichbar gewagtes und mutiges Unternehmen ist, wenn Aktion Sühnezeichen heute den Versuch unternimmt, in den Beziehungsgeschichten zwischen Ost und West einen Dialog herzustellen.

Ulrich Reitz hat das Podium mit der Frage eröffnet, ob Sühne für Jugendliche nicht langweilig sei und wenig attraktiv - wo wir doch alle für Jugendliche so attraktiv sein wollen - und ich kann zunächst empirisch antworten, dass Sühnezeichen fünfmal mehr Bewerber und Bewerberinnen hat, als wir aufnehmen können, aber das allein ist noch keine wirkliche Antwort.

Mein Bild aus den Gesprächen mit Freiwilligen zeigt mir, was Präses Buß anfangs angedeutet hat: Es gibt ein elementares Verständnis dafür, dass Geschichte nicht einfach vorbei ist, sondern dass sich die Gewalterfahrungen der Geschichte in die Gegenwart einschreiben. Das ist im deutsch-polnischen Kontext so, das ist aber auch - der Superintendent erwähnte diese beiden Länder eingangs - in Norwegen so: Als ich vor zwei Jahren da war, wurde mir sehr deutlich gesagt, Norwegen sehe die Europäische Union deshalb so skeptisch, weil sie von vielen als ein hegemoniales deutsches Projekt gesehen werde. Und die Geschichte einer Freiwilligen in den Niederlanden, die im Widerstandsmuseum in Amsterdam Führungen machte, sie erzählte mir, sie habe neulich eine niederländische Schulklasse durch das Widerstandsmuseum geführt und ein vielleicht 8-jähriges Kind habe sie am Arm gefasst und gesagt: Mensch, du bist ja richtig aus Fleisch und Blut - du als Deutsche. Sie fand das gar nicht schlimm - vor 30 Jahren wurde so etwas von unseren Freiwilligen, glaube ich, noch mal anders gehört - sie sagte, ja, bin ich. Aber gerade in dieser Geschichte zeigt sich, dass die Behauptung,

wenn diejenigen, die das erlitten haben oder die das getan haben, gestorben sein werden, diese Geschichte zu Ende sei, dass diese Behauptung so nicht stimmt: Sie wird tradiert in den Kulturen, in den Familien, im kollektiven Gedächtnis.

Und das ist, woran wir uns in Zukunft erinnern sollten: dass wir es weit bringen würden, wenn wir in unseren Erinnerungen die der anderen mindestens präsent hätten. Ich halte eine gemeinsame europäische Erinnerung, ehrlich gesagt, für das falsche Projekt. Wenn es um einen Dialog im Sinne Ehrenbergs geht, dann geht es darum, den anderen mit zu hören, wenn man selber spricht. Sich selber mit den Ohren des anderen zu hören und seine andere Position, die parallele und auch die Gegenposition, immer mit im Blick zu haben, darum geht es.

Und weil auch dieses Wort gefallen ist, noch eine Anmerkung zu dem Terminus *Parallelgesellschaft*. Ich stelle mir, ehrlich gesagt, eher die Zuschauer und Zuschauerinnen des *Musikantenstadels* als eine Parallelgesellschaft vor - und frage mich, ob das denn nun wirklich so schlimm sei. Man kann es natürlich ästhetisch schlimm finden, aber ist es denn nicht auch eine Errungenschaft der modernen Gesellschaft, dass es Gesellschaftsteile in ihr geben kann, die nicht miteinander in Berührung kommen?

Anders und ganz schrecklich wird es natürlich bei der Parallelgesellschaft der Neonazis, die allerdings in vielen Teilen dieses Landes gar nicht mehr parallel, sondern mitten drin ist - und die zugleich an die Gewalt erinnert, die mit Nationalismen verbunden ist, mit der Welle des nationalen Erwachens, die nicht zufällig ihre modernste Form im Antisemitismus gefunden hat. Dass wir diesen Antisemitismus bekämpfen müssen, ist klar, aber wir müssen dies nicht nur mit Worten tun, sondern mit Taten. Auch da muss man ein Wort über Europa sagen, denn von Einigkeit ist Europa gerade in dieser Frage weit entfernt: Der Antisemitismus ist in anderen Kulturen anders virulent als in Deutschland, aber er ist virulent, und die Frage, wie intensiv man ihn bekämpfen muss, findet keine gemeinsame Antwort. Denken Sie beispielsweise an das polnische *Radio Maria*, das seinen Antisemitismus und Rassismus ungehindert senden kann.

Lothar Kreyssig hat versucht - und wir versuchen, seinen Spuren zu folgen - eine Demutsfigur in unser Denken einzubringen, auch sie wurde heute schon erwähnt, sie ist für Christen einerseits naheliegend, andererseits ist sie in der Tradition des - sagen wir mal - paternalistischen Zugangs auf den anderen nicht vorgesehen, nämlich die Demutsfigur, die sagt: Bitte erlaubt es uns, euch etwas Gutes zu tun. Normalerweise wissen wir ja, was gut ist und sagen es dem anderen und tun es dann mit ihm, Lothar Kreyssig dachte dies anders: Bitte erlaubt es uns, etwas Gutes zu tun. Die eigene Praxis wird vom anderen her bestimmt, vom anderen, der gelitten hat.

Damit ist auch die Frage, wer wir sind, Lothar Kreyssig zufolge nur im Tun zu beantworten: Ich verändere mich im Tun, in dem, was ich vom anderen her tue. Und damit wiederum wird die Frage der Identität, die in letzter Zeit so wichtig geworden ist gerade im interkulturellen Gespräch, für Lothar Kreyssig und für uns Christenmenschen zu einer *offenen* Frage. Wir werden erkannt, aber wir erkennen uns nicht selbst. Deswegen ist auch der Eingang dieses Abends - "Sühne: Herkunft unbekannt" - richtig, weil wir nicht wissen, wer wir sind, sondern weil wir werden im Tun. Also: Herkunft unbekannt, Zukunft notwendig für die Reparatur der Welt, dem jüdischen Tikun Olam.

Ich danke Ihnen sehr.

RESPONS [II]

DR. FRANZ VON HAMMERSTEIN | MITBEGRÜNDER DER ASF

Liebe Freunde Europas, hinzufügen möchte ich noch, dass, als wir 1958/1959 die ersten Freiwilligen nach Frankreich und England, Holland und Norwegen und dann auch nach Israel ausgesandt haben, dass ich von Lothar Kreyssig, dem Gründer von Sühnezeichen, gebeten wurde, ich möchte doch Freiwillige werben, und als Pfarrer für Industriejugend habe ich Freiwillige gefunden, die sagten: Ja, wir wollen ins Ausland, wir wollen endlich mal raus aus dieser Enge in Deutschland. Das war ihr Hauptwunsch gewesen, ins Ausland zu kommen, und dann kamen sie nach einem Jahr Freiwilligendienst in einem dieser Länder zurück und waren begeistert. Begeistert von der Begegnung mit Juden in Villeurbanne, begeistert von dem Bau der Synagoge dort, begeistert von den Engländern in Coventry, die anschließend nach Dresden kamen, um dort ebenfalls zu helfen, begeistert von den Partnern, mit denen sie gearbeitet hatten, von den Juden in Israel, von den Moslems in Israel, den Arabern, die sie beide trafen, die sie kennengelernt und mit denen sie sich befreundet und Verständnis füreinander gefunden hatten. Und das ist für mich das wichtigste Ergebnis der Arbeit von Aktion Sühnezeichen.

Vielen Dank

[Applaus]